



Bekanntmachung der Gemeinde Lindlar

Widerspruchsrecht für die Datenübermittlung nach dem Soldatengesetz

Die Gemeinde Lindlar als Meldebehörde ist gem. § 58 c Absatz 1 Satz 1 des Soldatengesetzes verpflichtet, dem Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr jährlich bis zum 31. März den Familiennamen, die Vornamen und die aktuelle Anschrift von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit zu übermitteln, die im nächsten Jahr volljährig werden.

Zum 31.03.2022 werden somit die Daten der Personen übermittelt, die im Jahr 2023 volljährig werden (Geburtsjahrgang 2005).

Diese Datenübermittlung dient ausschließlich dem Zweck der Übersendung von Informationsmaterial über Tätigkeiten in den Streitkräften. Die Daten sind zu löschen, wenn die Betroffenen dies verlangen, spätestens jedoch nach Ablauf eines Jahres nach der erstmaligen Speicherung der Daten beim Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr.

Der Betroffene hat das Recht gem. § 36 Abs. 2 Bundesmeldegesetz (BMG) der Datenübermittlung zu widersprechen.

Der Widerspruch kann jederzeit schriftlich oder zur Niederschrift bei der Gemeinde Lindlar, Einwohnermeldeamt, Borromäusstraße 1, 51789 Lindlar, eingelegt werden. Der Widerspruch wird dann im Melderegister eingetragen und es werden zu der betreffenden Person keine Auskünfte im Datenübermittlungsverfahren an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr erteilt.

Lindlar, den 18.10.2021

Gemeinde Lindlar
Der Bürgermeister
In Vertretung

Michael Eyer
Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters

Aushang am: 20.10.2021	durch:	Unterschrift:
Abnahme am: 29.10.2021	durch:	Unterschrift: